

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

20.8.1931 (No. 192)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrieder-
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 553
und 554
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. W. Menck,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder stel. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kaszenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrieder-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Wagnisübernahme, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hochschullehrer, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Staatsreform, nicht Reichsreform

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Abg. Schäffer, einen Artikel, dem deshalb eine beträchtliche Bedeutung zugemessen ist, weil in ihm dem billigen und populären Schlagwort der Einheitsstaatsreform von den Niesenerparnissen einer unitarischen Reichsreform mit einem schlechthin überzeugenden statistischen Material zu Hilfe gerufen und ein Weg aufgezeigt wird, der im Sinne des aus der finanziellen Not geborenen Spargedankens zu dem erwünschten Erfolg führen kann.

Abg. Schäffer wendet sich keineswegs gegen eine Verwaltungsreform, aber er weist an Hand eines durchschlagenden Zahlenmaterials nach, daß nicht durch eine Verwaltungsreform, sondern nur durch eine Überprüfung der nach dem Reize erheblich ausgeweiteten gesamtstaatlichen Tätigkeit positive Erfolge erreicht werden können. Das wird ohne weiteres klar, wenn man folgende Zahlen auf sich wirken läßt. Der Gesamtfinanzbedarf des öffentlichen Haushaltes ist von 7178 Millionen im Jahre 1913/14 auf 13 Milliarden 201 Millionen im Jahre 1926/27 angewachsen. Die Steigerung der Ausgaben der allgemeinen Verwaltung beträgt also 313 Millionen, während die Erhöhung der Ausgaben der öffentlichen Hand im gleichen Zeitraum auf über 10 Milliarden gestiegen sind. Eine Spezialbetrachtung ergibt, daß a. B. die Ausgaben für die Volkshilfe von 1892 Millionen auf 2529 Millionen, die für Volkswohlfahrt von 891 auf 3639 Millionen und die für Wohnungswesen von 31 auf 1449 Millionen emporgehoben sind. Dabei ist zu bemerken, daß die statistischen Unterlagen der Reichsstatistik des Jahres 1926 bis 1927 entnommen sind, während gerade die Wohlfahrtsbelastung im letzten Jahr ansteigender Wirtschaftenot eine weitere, ganz beträchtliche Vermehrung erfahren hat.

Der Gesamthalt der durch die öffentliche Hand geleiteten und von ihr kontrollierten Geldsummen ist gegenüber der Zeit vor dem Kriege von 27,7 Proz. des Volkseinkommens auf über 63 Proz. angewachsen, d. h. der Steuerbedarf von Reich, Ländern und Gemeinden, die Ausgaben von Reichsbahn, Reichspost und der übrigen öffentlichen Betriebe und Körperschaften sowie der Kirchen und die Leistungen der Sozialversicherung beanspruchen heute 53 von hundert Reichsmark, die das gesamte deutsche Volk erarbeitet. Damit ist naturgemäß eine sehr starke Konjunkturrempfindlichkeit der öffentlichen Budgets gegeben.

Der bayerische Parteiführer schließt seine Darlegungen mit folgender Zusammenfassung:

„Eine Staatsreform tut not. Nicht kleine Mittel helfen. Der Staat, d. h. Reich, Länder und Gemeinden, müssen ganz große Aufgabengebiete wieder lassen oder einschränken. Verschuldungen in der Zuständigkeit zwischen Reich, Ländern und Gemeinden sind bedeutungslos. Ob das Reich die Ausgaben für Volkshilfe, Wohnungswesen, Wohlfahrt usw. macht oder die Länder und Gemeinden, ist für den Steuerzahler gleichgültig. Ob sie überhaupt gemacht werden müssen, das ist die Frage. Diese Erkenntnis und dieser Zwang standen vor uns schon seit Jahren erkennbar für jeden seit Anfang 1930. Statt „Reichsreform“ zu machen und der herrschenden Ministerialbürokratie in Berlin neue Zuständigkeiten zuzuhändigen, statt die Länder und Gemeinden mit Dingen für die Steuervereinfachungsgelehrte, Eingriff in das Beamtenrecht und Gemeinberechtigt usw. — lauter Dinge, die überflüssig sind wie ein Kropf — zu verdrängen; statt den großen Aufgaben, die man wohl erkannte, sich aber nicht anzupacken entschließen konnte, auszuweichen, müßte es heißen: Alle Kraft sammeln, um den deutschen Staat zu schaffen, der auch die Grenzen seiner Wirksamkeit erkennt. Erst von dem Tag an beginnt die wirkliche Finanzsanierung.“

Der „schwarze Montag“ wäre in Deutschland wohl zu vermeiden gewesen, wenn vorausschauende Politik die Forderung der öffentlichen Finanzen zu verhindern gewußt hätte. Jetzt gilt es, die Folgen des 13. Juli und der aus ihm geborenen Zwangsmaßnahmen zu vermeiden, einen Winter, in dem die öffentlichen Kassen nicht in der Lage sind, die Not zu lindern, die auf der Straße sich zeigt. Es ist wenig Zeit mehr gegeben. Die letzte finanzielle Kraft muß dem Kampfe gegen diese Not helfen; der „Übergang zu einem neuen staatlichen Inbalt“ ist zu widerrufen, soweit es dieser Zweck erfordert. Darum noch einmal: Eine Staatsreform tut not und muß ein einziges! Eine „Reichsreform“ im kleinsten Sinne der Bürokratie wird uns trennen und noch weiter abwärts führen.

Die Kämpfe auf Kuba

HAVANNA, 19. Aug. (Tel.) Einer amtlichen Meldung zufolge, sind starke Abteilungen Aufständischer bei Gibara von den Regierungstruppen mit Unterstützung von Flugzeugen und unter Beteiligung des Kanonenbootes „Patria“ vertrieben worden. 57 Maschinengewehre und viele Gewehre sowie eine Million Patronen wurden erbeutet. Über die beiderseitigen Verluste wird in der Meldung nichts mitgeteilt.

Sabotageakte auf argentinischen Kreuzern

MADRID, 20. Aug. (Tel.) Blättermeldungen aus Barcelona zufolge, sollen die im dortigen Hafen liegenden argentinischen Kreuzer „Amirante Brown“ und „Dos de Mayo“ wegen eines Sabotageaktes die Heimfahrt nicht haben antreten können. Die Kessel des Kreuzers „Dos de Mayo“ seien von zwei Bordmaschinen unbrauchbar gemacht worden. Man habe die Schuldigen verhaftet und sei genötigt, nun die Hilfe eines italienischen Dampfers, der den Schaden reparieren soll, abzuwarten.

Letzte Nachrichten

Vorab für Schuldenamullierung

Die Sklavendiktate und Rüstungen

BR. BOISE (Idaho), 20. Aug. (Tel.) Senator Borah erklärte gestern, daß es Zeitverschwendung sei, eine Schuldenamullierung vorzuschlagen, „wenn man nicht Europa von den Sklavenketten der Friedensverträge und Rüstungen befreie, die seinen Untergang herbeiführen“. Borah fuhr fort, daß er für eine Schuldenamullierung sei, daß diese aber seiner Ansicht nach von einem wirklichen politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramm für Europa begleitet sein müsse.

BR. WASHINGTON, 20. August. (Tel.) Die hiesigen Abendblätter bringen einen offiziellen Auszug aus dem Baseler Bericht, zu dem „Washington Herald“ bemerkt, daß sein Inhalt einen vollen Erfolg für die Regierung Brining darstelle, einen Erfolg, der umso bedeutungsvoller und bemerkenswerter sei, als diesmal sogar Vertreter Frankreichs für die Revision der Reparationen vorbehaltlos eingetreten seien. Zu diesem Einlenken Frankreichs habe, so schreibt das Blatt, zweifellos die Ablehnung des Volkstums in Preußen sehr viel beigetragen. Die Ablehnung zeige, daß das deutsche Volk keine Änderung der gegenwärtigen sachlichen Politik wünsche.

„Frankreich hat das Wort“

BR. PARIS, 20. Aug. (Tel.) Zu dem Ausgang der Baseler Verhandlungen schreibt das Organ Daladiers, „La République“, die Bewilligung mittel- und langfristiger Kredite an Deutschland und die Mobilisierung kurzfristiger Kredite sind nur Hilfsmittel, die das Überleben schwieriger Zeiten erleichtern können, die aber die Lage nicht wieder festigen und auch nicht eine Garantie gegen neue gefährliche Drohungen sein werden.

Das Problem ist ein organisches; es betrifft gleichzeitig den Youngplan, also die Reparationen und die interalliierten Schulden und die europäische Solidarität, also die europäische Wirtschaftsunion und die Abrechnung. Aus Washington kam und muß die einzige Lösung für das Schuldenproblem kommen. Die einjährige Vertagung dieser Schulden hat bereits günstige Rückwirkungen gehabt, ohne den Gläubigerstaaten Abbruch zu tun. Das wird zweifellos ein Ansporn dafür sein, die einzig vernünftige und endgültige Lösung in Aussicht zu nehmen, nämlich fristlose Streichung sämtlicher Schulden.

Im übrigen hat, was die europäische Einigung und die Abrechnung betrifft, hauptsächlich Frankreich das Wort. Wird Ministerpräsident Daladier, wenn er nach Berlin fährt, weiterhin erklären: „Die Frage ist nicht aktuell“. In diesem Falle wird genau wie nach Locarno oder nach der vorzeitigen Rheinlandräumung die Gelegenheit nicht ergriffen werden, und dann wäre es mit den Möglichkeiten für eine Annäherung, also eine Vereinigung in Deutschland und Europa, aus.

Ein neuer Aufstand in Marokko?

Abd el Krim aus der Gefangenschaft entkommen? BR. LONDON, 20. Aug. (Priv.-Tel.) In der spanischen Hauptstadt läuft ein Gerücht um, daß der berühmte Führer des Rif-Aufstandes, Abd el Krim, von der Insel Reunion, wo er interniert war, entkommen sei und einen neuen Aufstand gegen die Spanier in Marokko vorbereite.

Dieses Gerücht habe, so weiß der Neuter-Korrespondent in Madrid zu berichten, in Madrid große Sorge verursacht, besonders, da die spanische Besatzungsarmee in Marokko völlig demoralisiert sein solle. Es heiße sogar, daß einzelne Soldaten Waffen an die Eingeborenen veräußerten, und es sei allgemein bekannt, daß Marokko von kommunistischen Agenten überzogen sei. In spanischen konservativen Blättern, so heißt es in der Meldung des Korrespondenten des Neuterischen Büros weiter, wird die Politik der Regierung, die Heeresstärke herabzusetzen, abfällig kritisiert, und ein führendes Mitglied der Cortes, Garcia, erklärte gestern, eine Wiederholung des Gemekels von Anoual im Jahre 1921, wo 10 000 Spanier ums Leben kamen, liege im Bereiche der Möglichkeit.

Die Winter und die Krise im Weinbau

BR. KOBLENZ, 20. Aug. (Priv.-Tel.) Der Gesamtauschuß des Verbandes preussischer Weinbaugebiete hat hier eine Tagung abgehalten, in der die Krise im Weinbau behandelt wurde. Es wurde festgestellt, daß die Ernte des Jahres 1930 noch fast ganz, die des Jahres 1929 noch zum größten Teil unüberbracht ist. Im Verlaufe der Sitzung wurde an die zuständigen Regierungsstellen ein Telegramm abgefaßt, in dem gebeten wird, den Weinbau in die Erstfinanzierungsmaßnahmen der Reichsregierung aufzunehmen, Mittel zur Beschaffung von Weinfässern bereitzustellen und die Zundersteuer für den zur Weinbereitung erforderlichen Zuder zu erlassen.

Typhus in Basel

BR. BASEL, 20. Aug. (Tel.) In Basel sind 33 Fälle von Typhus festgestellt worden. Eine Person ist bereits gestorben. Überraschend wurden am Ende der vorigen Woche zehn Fälle von Typhuserkrankungen gemeldet, die inzwischen auf 33 angestiegen sind. Die Untersuchung hat ergeben, daß sämtliche Erkrankte, Gäste oder Angestellte eines alkoholischen Restaurants in Groß-Basel sind, die alle am gleichen Tage ihre Mahlzeiten in dem Restaurant eingenommen haben. Eine Servierkochin ist bereits an Unterleibstyphus gestorben. Das Restaurant ist zur Desinfektion geschlossen worden.

*Der Baseler Bericht der Bankiers

Bei einer Beurteilung der Baseler Beschlüsse muß man von vornherein einen Trennungsstrich ziehen zwischen dem eigentlichen Stillhalteabkommen und dem Bericht oder Memorandum, in welchem der Wiggin-Ausschuß (Stillhalteauschuß) zu dem finanzpolitischen Problem „Deutschland“ Stellung nimmt. Das Stillhalteabkommen ist eingestandenemalherhin dürftig. Es gewährt uns lediglich eine kurze Atempause für sechs Monate und nimmt dabei sogar infolge einer Sondervereinbarung die Markguthaben ausdrücklich aus. Was diese Markguthaben betrifft — es handelt sich um etwa 800 Millionen Reichsmark — können die ausländischen Gläubiger sofort 25 Proz. und dann monatlich je 15 Proz. zurückziehen. Doch hat die Reichsbank sich gewisse Vorbehalte ausbedungen, die ihr gestatten, die Aufbringung der Raten durch Vereinbarung mit den anderen Notenbanken etwas hinauszuschieben.

In substanzialer Hinsicht ist der Beschluß des Wiggin-Ausschusses also nicht sonderlich erfreulich. Wir erhalten keine Kredite, und unsere kurzfristigen Kredite werden zunächst nicht in langfristige umgewandelt, wir bleiben zunächst ganz auf uns angewiesen. Dafür wird das Damoklesschwert der Kündigung der kurzfristigen Kredite für sechs Monate über unserem Haupte entfernt. Und in diesen sechs Monaten müssen diejenigen Maßnahmen getroffen werden, die zu treffen man jetzt noch nicht wagt.

Und warum wagt man sie nicht? Weil man — und damit kommen wir zu dem Memorandum des Wiggin-Ausschusses — die politischen Voraussetzungen dafür noch nicht als gegeben erachtet. Wie der Ausschuß ausdrücklich betont, wird das Mißtrauen Deutschland gegenüber durch die wirtschaftliche Lage des Landes keineswegs gerechtfertigt, die deutsche Handelsbilanz ist in kurzer Zeit aktiv geworden, und die gegenwärtige Regierung hat unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Entschlossenheit bewiesen, Deutschlands öffentliche Finanzen auf eine gesunde Basis zu stellen. Kein wirtschaftlich gesehen, wären also die Voraussetzungen für eine Stabilisierung der Kredite, für eine Umwandlung der kurzfristigen Kredite in Anleihen und für die Bewilligung neuer Kredite wohl vorhanden. Aber das „politische Risiko“ erscheint als zu groß. „Das Fehlen freundschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitigen Vertrauens im Verhältnis zwischen Deutschland und anderen europäischen Mächten ist eine wesentliche Ursache dieser Schwierigkeiten.“

Auf deutsch heißt das, daß Deutschland sich mit Frankreich in einer dauerverprechenden Weise einigen muß, bevor an neue Kredite und an eine Stabilisierung der alten Kredite zu denken ist. Unter welchen Modalitäten soll diese Einigung stattfinden? Das ist die große Schiffsfahrfrage, die wir in den nächsten Monaten zu beantworten haben werden.

Allerdings läßt der Wiggin-Ausschuß gar keinen Zweifel darüber aufkommen, daß alle Länder, die ganze Weltwirtschaft an der Beseitigung dieses politischen Risikos, an der Einigung zwischen Deutschland und Frankreich interessiert sind. Und der Ausschuß läßt weiter keinen Zweifel darüber bestehen, daß das Reparationsproblem völlig neu gelöst werden muß, wenn man wieder zu geordneten, wirtschaftlichen Verhältnissen gelangen will. Der Wiggin-Ausschuß hat aber leider nicht das Rezept genannt, nach welchem man beides, die Revision des Youngplans und die Einigung zwischen Deutschland und Frankreich, erreichen kann. Denn bis jetzt hat Frankreich eine solche Revision ja strikte abgelehnt.

Der Wiggin-Ausschuß gibt in seinem Memorandum die Möglichkeit zu, daß Deutschland sich angesichts der Reparationslasten und der augenblicklichen Finanzkrise dadurch helfen könne, daß es seine eigenen Auslandsguthaben in der Höhe von etwa 8½ Milliarden Reichsmark (davon etwa 5 Milliarden langfristig) teils sofort, teils nach und nach zurückzieht und durch eine forcierte Exportpolitik, durch Dumping seine Handelsbilanz noch wesentlich verbessert. Der Ausschuß ist wirtschaftspolitisch genug geschult, um sofort zu erklären, daß derartige Maßnahmen von Seiten Deutschlands für die Wirtschaft der anderen Länder sehr bedenklich und gefährlich wären, und er folgert daraus, daß man dann eben Deutschland hinsichtlich seiner internationalen Verschuldung, also hinsichtlich der Reparationen eine Erleichterung gewähren müsse.

Was wir seit dem Tage des Friedensschlusses an dieser Stelle betont haben, unterstreicht jetzt auch der Wigan-Ausschuss, daß es ein vollkommener Widerspruch ist, von einem Lande die Bezahlung riesiger internationaler Schulden (Reparationen) und gleichzeitig den Verzicht auf eine umfassende Exportpolitik zu verlangen. Wir haben seinerzeit für dieses System die bildhafte Wendung gebraucht, daß man hier jemandem Befehle zu lauten und ihm gleichzeitig eine Eisenkugel an das Bein bindet!

Jedenfalls geht auch aus dem Memorandum des Wigan-Ausschusses das klar hervor, daß sich die Einsicht, die deutschen Reparationen seien mit an der Weltwirtschaftskrise schuld, immer mehr und mehr durchsetzt. Und erfreulicherweise begreift man auch in Amerika mit jedem Tage mehr, daß eine Streichung oder Reduzierung der internationalen Schulden, weltwirtschaftlich gesehen, eher ein gutes, als ein schlechtes Geschäft wäre.

Der Regierungswechsel in Ungarn

Ein Erfolg Frankreichs

Der mit der Neubildung der ungarischen Regierung betraute Außenminister, Graf Julius Karolvi, hat die Bildung des Kabinetts übernommen und will das Portefeuille des Ministers des Innern beibehalten. Er ist ein Vetter des verbannten Grafen Michael Karolvi. Graf Karolvi steht im 61. Lebensjahr. Während der ungarischen Kommunisten Herrschaft von 1919 war er Präsident der gegenrevolutionären Regierung in Arad und Szegedin. Als Außenminister vertrat er Ungarn mehrmals in Genf. Das neue Kabinett wird sich voraussichtlich nur auf die beiden bisherigen Regierungsparteien stützen.

Der Rücktritt der Regierung Bethlen, der nach zehn Jahren einer fast unbedingten Herrschaft, die Fäden aus der Hand legte, ist auf Ursachen außenpolitischer Art zurückzuführen. Graf Bethlen hatte eine ausgesprochen italienfreundliche Politik betrieben. In der letzten Zeit jedoch machten sich starke Kräfte bemerkbar, die eine entschiedene Annäherung an Frankreich wünschten. Wahrscheinlich hat Frankreich seine finanzielle Hilfe von einem Rücktritt Bethlens abhängig gemacht. Auffallend jedenfalls ist, daß Bethlen gerade in dem Moment zurücktrat, als in Budapest die Beratungen zwischen Ungarn und Frankreich über den neuen Handelsvertrag begannen, durch den die Einfuhr ungarischer Agrarprodukte nach Frankreich ermöglicht werden soll. Soviel ist sicher, schreibt die Wiener „Neue Freie Presse“, daß die Demission des Grafen Bethlen ein sehr ernster politischer Akt und eine gewaltige Wendung in der ungarischen Politik ist. Die Änderung im Verhältnis zu Frankreich geht auch aus der Mitzeichnung der ungarischen Anleihe durch Frankreich hervor. Die Andeutungen des Vates werden durch die Stellungnahme der ungarischen Regierungspresse erhärtet, die sich ganz plötzlich als offener Anschließbarer und als Vertreter der französischen Interessen im Südosten gebärdet.

Ausfahrungen gegen Japaner in Tsingtau

W.P. London, 20. Aug. (Tel.) Einer Exchange-Meldung aus Tokio zufolge, kam es am 19. August abends in Tsingtau zu ersten Ausfahrungen gegen japanische Einwohner. 3000 Chinesen hätten mehr als 60 Häuser zerstört und viele Bewohner hätten schwere Verletzungen erlitten.

Albert Thomas in Berlin. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, ist heute, Donnerstag früh, in Berlin eingetroffen. Sein Berliner Aufenthalt dient hauptsächlich informatorischen Zwecken. II. a. sind Besprechungen mit dem Reichskanzler und dem Reichsarbeitsminister vorgesehen.

Zunahme der Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 10. August 2.714.859, was eine Zunahme von 1009 gegenüber dem Stande vom 27. Juli und um 663.622 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres bedeutet.

Die Einnahmen der USA. beliefen sich in dem Ende Juni zu Ende gegangenen Budgetjahr ohne die Zolleinnahmen auf 2.428 Millionen Dollar oder 612 Millionen Dollar weniger als im Vorjahre. Die Zölle ergaben nur 1.860 Millionen gegenüber 2.400 Millionen im Vorjahr.

Bankenschiebung im Staate Ohio. Vier Banken, die zusammen Aktien von 100 Millionen Dollar aufweisen, haben, wie aus Toledo (Ohio) gemeldet wird, angekündigt, daß sie ihre Schalter nicht öffnen werden. Auch elf Sparbanken werden die Auszahlung der Einlagen einstellen.

Prof. Dr. Ritschl, 70 Jahre alt. Universitätsprofessor Dr. Alexander Ritschl, der frühere Leiter des Orthopädisch-Chirurgischen Instituts der Freiburger Kliniken, vollendete sein 70. Lebensjahr. Prof. Ritschl hat sich um die Entwicklung des Freiburger Musiklebens als zweiter und nimmender erster Vorsitzender des Freiburger Chorvereins besondere Verdienste erworben.

Hermann Burte im Südfunk. Ein Angehöriger des alemannischen Stammes, Hermann Burte aus Lörrach, der in „Wiltfieber, dem ewigen Deutschen“, die merkwürdige Geschichte eines Heimatjüngers“ schrieb und sich dann in seinem satirischen Drama „Simon“ zu mehr Klarheit durchsetzte, bis ihm in seinem Dialektband „Madle“ eines der wertvollsten Mundartbücher der deutschen Literatur gelang, liegt am Sonntag, den 23. August, 18.50 Uhr im Südfunk aus seinen Schriften. Die Freunde des Dichters werden diese Autorenkunde um so dankbarer begrüßen, als Hermann Burte noch recht selten im Rundfunk zu hören war.

Die Ausstellung „Deutsche Dichter als Maler und Zeichner“ in Heidelberg erfreut sich auch weiterhin eines außergewöhnlich guten Besuchs von Einheimischen und Fremden, darunter vielen Kritikern auswärtiger Zeitungen und Zeitschriften. Die Besucherzahl schreitet bereits seit einigen Tagen in das dritte Tausend. Auch ausländische Zeitungen und Zeitschriften haben in kürzeren und längeren Aufsätzen von der Ausstellung ihren Lesern Kenntnis gegeben. Sehr erfreulich ist es, daß auch Vereine und Schulen von der Einrichtung des gruppenweisen Besuchs bei ermäßigten Preisen häufig Gebrauch machen.

Vom Volksschauspiel Stigheim. Die Anmeldungen zum vergangenen Spieltag liefen infolge der fortgesetzten schlechten Witterung der Vorwoche recht mittelmäßig ein. Die Aufbeisterung am Sonntagvormittag brachte jedoch neben den raschen Kurzanmeldungen der Vereine einen starken Tageszufluß. Der Karlsruher Sonderzug wies eine starke Besetzung auf; das nahe Baden-Baden stellte eine beträchtliche Anzahl ausländischer Gäste. Die ermäßigten Vereins- und Gesellschaftspreise behielten auch weiterhin ihre Gültigkeit.

Volkshilfe für den kommenden Winter

Vorbereitungen der freien Wohlfahrtspflege

Die in der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Spitzenverbände: Innere Mission, Caritasverband, Jüdische Wohlfahrt, Deutsches Rotes Kreuz, Fünftes Wohlfahrtsverband und Christliche Arbeiterhilfe haben sich mit der Reichsregierung einig in der Überzeugung erklärt, daß der gesteigerten Not des kommenden Winters durch ein umfassendes Hilfswerk Rechnung getragen werden muß. Es sind, wie die Wohlfahrtskorrespondenz mitteilt, bereits jetzt Richtlinien für die Vorbereitung einer Volksammlung aufgestellt worden, die unter dem Namen „Volkshilfe“ und dem Motto: „Wir wollen helfen“, Geld, Nahrungsmittel, Kleidungsstücke usw. für die Notleidenden herbeischaffen soll.

Die Durchführung des Sammelwerkes bleibt den Organisationen der Verbände in den Ländern und Provinzen überlassen; der Ertrag verbleibt grundsätzlich in dem sammelnden Bezirk. Die Geschäftsführung allgemeiner Natur übernimmt die Deutsche Liga in Verbindung mit den ihr angehörenden Spitzenverbänden. Art und Weise der Sammlung, die Verteilung der Spenden und Lebensmittel, die Errichtung von Speisungen usw. sollen rechtzeitig vorbereitet werden, daß bei Eintritt des Winters die Hilfsmaßnahmen sofort geordnet einsetzen können. Nach den Erfahrungen im vergangenen Winter hat sich gezeigt, daß der Wille zum Geben in der Bevölkerung noch vorhanden ist, und bei der inzwischen verschärften Notlage erst recht weitreichend vorhanden sein dürfte. Auch die selbst notleidende landwirtschaftliche Bevölkerung wird heute noch bereit sein, sich an den Sammlungen von Lebensmitteln in erheblichem Umfang zu beteiligen.

Was hat Deutschland geleistet?

Eine Antwort an Frankreichs Finanzminister

Zu den Erklärungen des französischen Finanzministers Planchin, daß Frankreich nicht auf die deutschen Reparationen verzichten könne, da sie nicht einmal zur Wiederherstellung der Kriegsschäden in Frankreich ausreichen, wird von Berliner zuständigen Stellen folgendes mitgeteilt:

Die bisherigen deutschen Leistungen sind verschiedentlich berechnet worden. Deutschland kommt bei seiner Berechnung auf die Summe von 56 Milliarden M., während amerikanische Sachverständige 25 bis 26 Milliarden M. errechnen haben. Die Reparationskommission dagegen schätzt die Summe der gut schriftlichen Leistungen bis 1923 auf 12,8 Milliarden M. Wie verchieden die Berechnungen ausfallen, ist z. B. daran zu sehen, daß die Deutschen für die abgelieferte Handelsflotte 5,8 Milliarden in Rechnung stellten, während die Reparationskommission nur 750 Millionen M. errechnet. Die Rechnung der deutschen Regierung ging vom Wert der Handelsflotte im Augenblick der Ablieferung aus, während die Reparationskommission die Summe einsetzte, die durch den Verkauf der Schiffe erzielt worden ist. Gemäß dem Dawesplan sind 8 Milliarden M. und gemäß dem Youngplan 2,7 Milliarden M. bezahlt worden. Die amerikanische Schätzung von 26 Milliarden zugrundegelegt, ergibt dies also eine Gesamtzahlung von deutscher Seite in Höhe von 36,7 Milliarden M. Frankreich hat davon 52 v. H., also 18,9 Milliarden Reichsmark erhalten. Die Wiederaufbaukosten in Frankreich schätzt die französische Regierung selbst mit 100 Milliarden Franken, also 16,7 Milliarden M. ein. Demnach hat Frankreich bereits mehr erhalten, als die Kosten für den Wiederaufbau in Frankreich betragen.

Seinkehr von der Englandfahrt

Glatte Landung in Friedrichshafen

W.P. Friedrichshafen, 20. Aug. (Tel.) Der „Graf Zeppelin“ ist von seiner Englandfahrt heimkommend, heute früh um 6.35 Uhr bei stürmendem Regen gelandet. Reichlicher Wasserballast, im entscheidenden Augenblick abgegeben, verbürgte eine glatte Landung. Die Schweizer Fahrt des „Graf Zeppelin“ ist wegen des ungünstigen Wetters — über dem Bodensee herrschte Böhnstimmung und es regnet in Strömen weiter — endgültig für heute vom Programm abgesetzt worden. Der Rückweg des Luftschiffes von England führte über Ostende, Brüssel und Aachen nach Köln. Es ist das erste Mal, daß „Graf Zeppelin“ Belgien überflogen hat.

„Graf Zeppelin“ erschien auf seiner Kreuzfahrt über England am Mittwoch abend um 18 Uhr wieder über London. Über dem Buckingham-Palast zog es eine Schleife und neigte zum Gruß den Bug. Dann nahm es Kurs auf Hannover, wo es kurz vor 19 Uhr glatt im Luftschiffhafen landete. Um 19.34 Uhr startete es zum Heimflug nach Friedrichshafen.

Englische Mäpfer über den Zeppelinbesuch

Die Londoner Morgenpresse widmet der Englandfahrt des „Graf Zeppelin“ spaltenlange Berichte, in denen die Einzelheiten des Fluges, die Landung und die Begeisterung des Publikums wiedergegeben werden. Photographien, die bei dem schönen Wetter besonders gut gelungen sind, füllen die Bilderseiten aller Mäpfer.

In allen Städten Frankreichs und Englands und dem dazwischen liegenden Meereslande, so heißt es in einem Leitartikel der „Times“, die der Zeppelin überflogen hat, wurde er von vielen Tausenden Franzosen und Engländern gesehen. Müdig und stetig glitt er über uns dahin, seine Bahn ziehend. Viele derjenigen, die ihm so herzlich zuzubekommen, müssen im Unterbewußtsein das Gefühl gehabt haben, daß sein friedvoller Flug über zwei einst feindliche Länder eine hoffnungsvolle Vorbedeutung für die zukünftigen Beziehungen der drei größten europäischen Nationen ist, die aus bitterer Erfahrung gelernt haben, daß die Nachwirkungen des Krieges ihrem Wohlstand genau so schädlich sein können, wie die Todesqualen und Verluste des eigentlichen Kampfes.

„Willkommen Zeppelin“, so lautete die Überschrift des Leitartikels des „News Chronicle“, in dem bemerkt wurde, daß die Ankunft des Luftschiffes den Beginn des Lufttouristenverkehrs anzeige. „Der Luftautobus“, überschrieb „Daily Express“ einen Leitartikel. Es sei die Popularisierung des Verkehrs auf dem Luftwege, das am meisten not tue. Dies sei die Moral des Englandfluges, der das Kommen des Luftautobus verkünde.

Die deutsche Fliegerin Wanda v. Ebdorf ist auf ihrem Ostasienflug in Kofan gelandet und setzt heute den Weiterflug fort. Sie beabsichtigt, in Sverdlovsk eine Zwischenlandung vorzunehmen.

Das deutsche Flugschiff „Do X“ ist am Mittwoch von Karatmend, in Port of Spain (Trinidad) eingetroffen.

Ein französisches Militärflugzeug geriet Mittwoch nachmittag in einen furchtbaren Gewittersturm, der über Paris tobte. Der Mechaniker rettete sich durch Fallschirmsprung, während das Flugzeug in Nemilly, einem Vorort von Paris, in einen Garten abstürzte. Der Pilot, ein Hauptmann, wurde ins Krankenhaus gebracht.

Aus der Praxis eines Fürsorgeamtes

Wie die Fürsorge mißbraucht wird

II.

Ein ebenfalls noch nicht 40 Jahre alter Fürsorgeempfänger, von Beruf Schuhmacher, erhält mit Rücksicht auf seine große Familie, vom Fürsorgeamt Arbeit zugewiesen, um nicht weiter unterstützt werden zu müssen. Nach eintägiger Arbeit erklärt er jedoch bereits, die Arbeit nicht verrichten zu können, trotzdem er vom Arzt für voll arbeitsfähig geschrieben ist. Bei emer ihm daraufhin übertragenen anderen Arbeit stellt er sich absichtlich derart ungeschickt an, daß er entlassen werden muß. Er äußert wiederholt: „Ich werde es doch noch fertig bringen, daß ich Unterstützung erhalte, ohne arbeiten zu müssen.“ Ein anderes Mal bemerkte er: „Was ich brauche, klopft ich mir zusammen. Meine Familie müßt ihr doch verhalten.“ Alle möglichen Einwirkungen, ihn in Arbeit zu bringen, sind auch bei diesem Fall erfolglos. Selbst seine Arbeitskollegen empören sich gegen ihn. Die Unterstützung für ihn selbst ist wohl eingestellt. Er lebt jedoch mit Hilfe miltätiger Dritter flott weiter, während die Familie vom Fürsorgeamt nach wie vor unterstützt werden muß.

Ein erst 33 Jahre alter Unterstützungsempfänger, kinderlos, befreit seinen Lebensunterhalt grundsätzlich vom Bettel. Es gibt wohl keine Behörde oder angesehenen Persönlichkeit, die er nicht schon angebettelt oder erjucht hat, beim Fürsorgeamt darauf hinzuwirken, daß er (auch ohne Arbeitsleistung) Unterstützung erhält. Das durch das Betteln und die Miltätigkeit erworbene Geld wird reiflos vertrunken. Alle Bemühungen der Trinkerfürsorge scheitern (wie in zahlreichen anderen Fällen) an der falschen Miltätigkeit der Bürgererschaft, denn nach den Meldungen der Polizei wird er immer wieder in betrunkenem Zustand auf der Straße aufgefunden.

Ein weiterer Fürsorgeempfänger — ohne Kinder — beschwert sich, weil seiner Frau Lohnarbeit zugewiesen wurde, obwohl sie erst drei Wochen verheiratet seien. Es seien doch noch andere Frauen da, die arbeiten könnten; seine Frau habe nicht arbeiten gelernt, und er könne ihr deshalb nicht zumuten, Arbeit zu leisten.

Einem Fräulein, um das sich trotz ihres Lebenswandels eine Partei sehr bemüht, wird eine Arbeit im hiesigen Krankenhaus angeboten. Sie lehnt dieselbe ab mit der Erklärung, „sie made ihrem Leben lieber ein Ende, als daß sie die Stellung annehme.“

Einer in Unterstützung stehenden Kontoristin wird eine Stelle als Buchhalterin in einer Fabrik angeboten. Sie lehnt ebenfalls die Annahme ab. Dafür sei ihr Mann nicht vier Jahre im Feld gewesen, daß sie jetzt in die Fabrik gehen solle!

In einer Familie, bestehend aus Mann, Frau und zwei in Verdienst stehenden Kindern, wird der Mann arbeitslos. Er kommt schließlich in die Trinkerfürsorge. Die von dieser gewährte Unterstützung in Höhe von 15 M. bringt er seiner Frau. Diese nimmt das Geld, wirft es dem Mann an den Kopf mit den Worten: „Für die paar Mark kann ich dich nicht verhalten, geh' aufs Fürsorgeamt, die sollen dich verhalten.“ Der Mann teilt dies dem Fürsorgeamt mit. Dies muß aber die Unterstützung ablehnen, weil in der Familie selbst genügend Einkommen vorhanden ist. Damit ist aber der Fall keineswegs erledigt. Der Mann kauft vielmehr zu verschiedenen Organisationen, Regierungskassen, bis zu den höchsten Instanzen und beschäftigt auch die Vertreter nahezu sämtlicher auf dem Rathaus vorhandenen Parteien, mit dem Erfolg, daß er schließlich doch unterstützt wird. Da die Verhältnisse pflichtgemäß von Zeit zu Zeit nachgeprüft werden müssen, wiederholt sich das Spiel immer wieder. Alle Versuche, Friede zu erhalten, scheitern. Der Fall kommt somit jahrelang nicht zur Ruhe und verursacht bei sämtlichen Instanzen eine riesige Fülle von Arbeit, die in keinem Verhältnis zu dem Erfolge steht. Er beweist aber auch gleichzeitig, wie notwendig es war, daß die Erhaltungspflicht durch den Gesetzgeber klar geregelt wurde.

Die Frau eines Fürsorgeempfängers bekommt jedes Jahr ein Kind. Jedes Jahr verlangt sie auch vom Fürsorgeamt eine komplette Säuglingsausstattung. Der zuständige Beamte, der auf Sparsamkeit setzen muß und Erfahrungen in diesen Dingen hat, sagt zu der Frau: „Sie haben doch vor zwei Jahren und auch voriges Jahr eine Säuglingsausstattung bekommen. Davon müssen Sie doch noch etwas haben.“ Auf die Antwort der Frau, daß sie keine Säuglingswäsche mehr habe, sagt der Beamte: „Da wird halt auf Kosten des Fürsorgeamtes drauflosgewirtschaftet.“ Durch diese Lebensart erbt, läuft die Frau zu ihrem Vertrauensmann und er, Härt, der Fürsorgebeamte habe ihr vorgeworfen, daß sie jedes Jahr auf Kosten des Fürsorgeamtes ein Kind bekomme. Das wird natürlich gelugnet — wie überhaupt den Aussagen der Fürsorgeempfänger vielfach mehr Glauben geschenkt wird, wie den Angaben der Beamten! — und in großer Enttäuschung dann erklärt, dieses Verbrechen des Fürsorgeamtes müsse in aller Öffentlichkeit gebrandmarkt werden.

Ein früher bei der Eisenbahnhauptwerkstätte tätiger Assistent bezog früher ein Wartegeld von monatlich 170 M. Trotz Warnung von verschiedenen Seiten läßt er sich abfinden. Er erhält eine Abfindungssumme von 4000 M. Drei Monate später erscheint er beim Fürsorgeamt mit dem Antrag, ihm eine laufende Wochenunterstützung zu bewilligen, da er kein Geld mehr zum Lebensunterhalt habe!

Eine über 40 Jahre alte Kriegswitwe leidet laut ärztlicher Bescheinigung an nervös-hysterischen Anfällen. Sobald der Fürsorgebeamte erklärt, ihre (sehr zahlreichen) Anträge auf Unterstützung ablehnen zu müssen, bekommt sie jedesmal prompt ihren Anfall. Da der Beamte angeleitet der Regelmäßigkeit dieser Anfälle Verdacht schöpft, erklärte er ihr eines Tages, er habe nunmehr einen Eimer kalten Wassers bereitgestellt, den er ihr über den Kopf schütten werde, wenn sie wieder einen Anfall erhalte. Seitdem ist sie von ihren Anfällen beim Amt vollständig geheilt! Ihre bisherige reichliche Hinterbliebenenernte betrug monatlich 72 M. Auf Grund ihres Antrages erhält sie am 17. April 1931 die Rente kapitalisiert in Höhe von 1641 M., die ihr in bar ausbezahlt werden. Bereits am 7. Mai, also 20 Tage später, erscheint sie wiederum beim Fürsorgeamt und fordert erneut Unterstützung.

Ein Privatmann, der Schulden hat, weiß sich zunächst nicht zu helfen. Sofort sucht er das Fürsorgeamt auf und verlangt Begleichung seiner Schulden, Auslösung der Wechsel oder jedenfalls Bewilligung eines Darlehens zur Begleichung seiner Gläubiger. Naturgemäß gehört heute die Erfüllung derartiger Forderungen nicht zu den Aufgaben des Fürsorgeamtes. Es ist aber in zahlreichen Fällen dieser Art überaus schwer, die Geschwister von ihrer mit stärkstem Nachdruck er-

* S. a. Nr. 190 der „Karlsruher Zeitung“.

Badischer Teil

Änderung des Fürsorgerechts Neufassung der Reichsgrundsätze

Das Reichsgesetzblatt vom 15. August enthält eine Verordnung zur Änderung der Reichsgrundsätze über Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge und zur Ausführung des § 85 des Aufwertungsgesetzes, die zum Teil in engem Zusammenhang mit den Änderungen der Fürsorgepflichtverordnung durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 auch das materielle Fürsorgerecht in einigen Punkten abgeändert.

In erster Linie beseitigt die Verordnung die von den Fürsorgeverbänden bisher wegen der Unsicherheit der Rechtslage in bezug auf den **Erfahrenspruch** vielfach geforderten Verpflichtungserklärungen. Die Fürsorge darf in Zukunft von einer ausdrücklichen Verpflichtung, die aufzuwendenden Kosten zu ersetzen, nicht mehr abhängig gemacht werden. Klargestellt wird ferner, daß die Sicherstellung von Erfahrensprüchen des Fürsorgeverbandes nur für die zukünftigen, nicht aber für die in der Vergangenheit entstandenen Fürsorgekosten gefordert werden darf.

Jugleich erfahren die Vorschriften über die **Reinerntenfürsorge** eine dem preussischen Recht entsprechende Abänderung. Die Verordnung trifft weiter Bestimmungen über die Heranziehung von Aufwertungsansprüchen, Aufgewertete oder aufzuwertende Ansprüche, die der Hilfsbedürftigkeit vor dem 15. Juli 1925 ermorben hat und die ihm seitdem ununterbrochen gehört haben, dürfen zur Sicherstellung nur herangezogen werden, soweit sie zusammen mit dem sonstigen Vermögen des Hilfsbedürftigen den Umfang eines kleineren Vermögens im Sinne des § 15 der Reichsgrundsätze übersteigen. Im Zusammenhang mit den neuen Bestimmungen über den Erfahrenspruch und mit dem Verbot Verpflichtungserklärungen zu verlangen, stehen Bestimmungen über die Zulässigkeit der Darlehensgewährung.

Schließlich wird in Anpassung des Fürsorgerechts an Vorschriften des Arbeitslosenversicherungsgesetzes bestimmt, daß die Grundsätze des § 13 über die Handhabung der Fürsorge bei Arbeitslosen oder unwillkürlichem Verhalten auch auf Arbeitslose Anwendung finden, über die Sperren nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz verhängt worden sind. Auch soll in diesen Fällen die Unterstützung für die Dauer der Sperre von der Leistung angemessener Arbeit abhängig gemacht werden.

Tarifvertrag für die badischen Behördenangestellten

Wie der GDA. mitteilt, sind am 18. August stattgehabten Verhandlungen der Gewerkschaften mit dem badischen Finanzministerium wegen des Tarifvertrages für die badischen Angestellten zu einem abschließenden Ergebnis noch nicht gelangt. Am Freitag, den 21. d. M., finden in Karlsruhe weitere Verhandlungen statt.

Für den Holzhausbau

Anlässlich der Deutschen Bauausstellung hat die Gruppe Holzhausbauindustrie im Wirtschaftsverband der deutschen Holzindustrie Vorschläge veröffentlicht, durch deren Verwirklichung die große Notlage der deutschen Holz- und Forstwirtschaft gemildert werden soll. Es handelt sich dabei vor allem um die Beseitigung aller der Entwicklung des Holzhausbaus heute noch entgegenstehenden Hemmnisse. Dazu gehören:

1. Gleichstellung der nach den Qualitätsrichtlinien des Deutschen Normenausschusses (Din 1990) gebauten Holzhäuser mit dem Massivbau in bezug auf die Belebung mit Hypotheken.
2. Revision veralteter Vorschriften der Bauordnung, mögliche Vereinfachung der baupolizeilichen Vorschriften.
3. beschleunigter planmäßiger Abbau der Wohnungszwangswirtschaft.
4. Berücksichtigung des Holzhausbaus bei den durch öffentliche Mittel errichteten Bauten, soweit der Zweck dies zuläßt, so z. B. für Forsthäuser, Schulhäuser, Krankenpavillons, Sportanlagen usw.

Die Verhandlungen über die **Gemeindearbeiterlöhne** sollen am Freitag in Berlin fortgesetzt werden. Der Hauptvorstand des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen, Christl. Gewerkschaften, hat dem Vorschlag des Reichsarbeitsministers betr. die Durchführung der zweiten Notverordnung abgelehnt.

Das **württembergische Darlehen an Hessen**. Wie der württembergische Staatsanzeiger mitteilt, ist das von der württembergischen Regierung dem Lande Hessen gewährte kurzfristige Darlehen in Höhe von 2 Millionen Reichsmark von der hessischen Regierung zurückbezahlt worden.

Eine neue Spitzenleistung in der **Herstellertechnik** legt der Verlag Ullstein vor. Für 1,85 RM. bietet er einen vorzüglichen Ganzleinenband mit 672 Seiten eines modernen Romans im Umfang von 320 bis 380 Seiten. Gleich 3 Bände sind erschienen: **Walter Farichs**, **„Primaner“** sind wohl angelegt durch eine Jugendtragödie der letzten Zeit. Sehr interessant steht sich Farich mit der Jugend von heute auseinander; mit jener Generation, die unter der Schwere der Nachkriegszeit herangewachsen ist und die sich vielfältig ihr entgegenstehenden Problemen unserer Zeit wohl begreift, aber nicht zu meistern weiß. Farich schildert vom Standpunkt der Jünger aus ihr Ringen nach eigener Persönlichkeit, ihre Sehnsucht nach der Freiheit des Lebens und ihre mannigfachen Nöte.

S. S. van Dine, **„Der Fall der Margaret Odell“**. Van Dine gilt heute als der beste Kriminalromanschreiber Amerikas. Er arbeitet nicht mit abgedroschenen Mitteln. Das Buch bringt keine Sensationen und mystischen Geheimnisse, wie sie sonst in Kriminalromanen gang und gäbe sind, aber Aufregung genug und ein stahlhartes Netz, geschmiedet aus Logik und realistischem Berechnungskunst. — **Arno Schirrauer** trifft in **„Die einen weinen, die andern wahren“** mit besonderem Geschick wieder ein neues Problem unserer Tage. Er schildert den Typus des älteren, erfolgreichen, in erotischen Dingen erfahrenen Mannes im Gegensatz zu einer strengeren, durch eigene Geleise gebundenen Generation. Die zahllos schwelgende, stets neu sich entzündende Liebe steht gegen die, die nur einmal in aller Leidenschaft entbrennt. Eine Reihe vorzüglich gezeichnete, anziehende Gestalten des modernen Berlin sind die Träger dieses in seiner besonderen Art fesselnden Liebesromans.

Frachttarifklassen-Anzeiger. Gütereinteilung sämtlicher Artikel des Landesproduktenhandels nach den Frachttarifklassen der Deutschen Reichsbahn. Praktisches Hilfsmittel für die Frachtkalkulation und für das vorchriftsmäßige Deklarieren von Frachtsendungen. Bearbeitet nach amtlichem Material von **Erich Striegler**, Frachtsachverständiger in Plauen. Taschenformat, geheftet, Preis 1,50 RM. 1931. Berlin-Charlottenburg. „Der Landesproduktenhandel“ Verlagsgesellschaft m. b. H.

Die Kürzung der Berliner Kommunalbeamten-Gehälter

Der Oberbürgermeister von Berlin hat dem Wunsch des Oberpräsidenten nachgegeben, mit Wirkung vom 1. Oktober ab die Befolgung der Beamten und Angestellten zu ändern. Bekanntlich hatte der Oberpräsident von Berlin eine Abänderung der Berliner Befolgungsverordnung verlangt und mitgeteilt, daß zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden für den Monat Juli der Betrag von 1,884 Millionen Reichsmark überwiesen werde, jedoch nur, falls die Stadt den Nachweis über die Erfüllung des Ministerialerlasses vom 26. Juli insbesondere bezüglich des Personalaufwandes, bringe.

Der Oberbürgermeister hat sich deshalb entschlossen, den **Beschluß des Oberpräsidenten durchzuführen**, und zwar mit der Maßgabe, daß die eintretenden Gehaltskürzungen für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1931 nicht mehr als fünf Prozent und für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1932 nicht mehr als sieben Prozent der bisher zuständigen Befolgungsplanmäßigen Kürzung ausmachen. Die über den Betrag von sieben Prozent hinausgehenden Gehaltskürzungen sollen erst am 1. April 1932 in Wirksamkeit treten. Ferner wird der Vorbehalt gemacht, daß, soweit das Schiedsgericht eine Entscheidung fällt, welche die Beamten günstiger stellt, als es nach dem Beschluß des Oberpräsidenten der Fall sei, die entsprechenden Beträge nachgezahlt werden.

Kurze Nachrichten

Gefängnis wegen Beleidigung des Reichszanlers. Das Berliner Schnellgericht verurteilte den Malergesellen Knipfel, der am 15. August am Bülowplatz wegen beleidigenden Äußerungen gegen den Reichszanler zu **zwei Monaten und zwei Wochen Gefängnis** und wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen zu fünf Tagen Haft.

Ein **deutschnationales Wirtschaftsprogramm**. Unter der Überschrift: „Auf dem Wege zum Staatssozialismus“ veröffentlicht die Deutschnationalen Pressestelle eine Proklamation gegen die letzten Maßnahmen der Reichsregierung, insbesondere gegen die weiteren Pläne, gewisse Renten unter Staatsaufsicht zu stellen und bei einer Reform der Hauszinssteuer eine Staatshypothek zu schaffen. Statt dessen schlägt die deutschnationalen Erklärung eine Entzerrung der Arbeitslosenunterstützung vor.

Entlassung von Berliner Junglehrern. Der Berliner Magistrat hat beschlossen, zum 1. Oktober 1931 220 Junglehrer und Junglehrerinnen zu entlassen, die an den Volks- und Mittelschulen überzählig werden. Für die Entlassung kommen zunächst nicht festangestellte, verheiratete Lehrerinnen in Frage.

Das **Karl-Liebknecht-Haus in Berlin**, das seit den Tumulten am Bülowplatz von einer Polizeiwache besetzt und für jeglichen Verkehr geschlossen war, wird heute Nacht um 24 Uhr freigegeben und von der Polizei geräumt. Im Laufe der Besetzung wurde eine größere Menge Aktenmaterial sichergestellt, das noch von der Abteilung I A gesichtet wird. — Die „Note Zahne“ bleibt bis zum 24. d. M. verboten.

Polizeiaktion in Dresden. Zur Klärung zahlreicher politischer und krimineller Straftaten mit politischem Einschlag wurden in Dresden bei kommunistischen Funktionären, in der Parteibüros und in verschiedenen Geschäftsstellen der kommunistischen Partei Durchsuchungen vorgenommen. Hierbei wurde außerordentlich umfangreiches, zum Teil sehr belastendes Material und allerlei Waffen beschlagnahmt. Bisher wurden 14 Personen festgenommen.

Zur **Stillelegung der Linke, Hofmann, Buchwerte in Dresden**. Zwischen den Linke, Hofmann, Buchwerte u. G., Abteilung Waggonbau und den Gewerkschaften fanden Verhandlungen statt, zwecks Aufrechterhaltung der Abteilung Waggonbau. Seitens der Firma wurde auf Aufrechterhaltung des Antrages auf Stillelegung dieser Abteilung bestanden, da vorläufig nicht abzusehen sei, ob bis Mitte September neue Aufträge seitens der Reichsbahn eingehen werden. Bei Stillelegung dieser Abteilung werden 1062 Arbeiter und 146 Angestellte zur Entlassung kommen.

Kleine Chronik

Nach den neuesten polizeilichen Ermittlungen in **Bingen** ist als sicher anzunehmen, daß Heinz von Lacum beim **Autobrand am Döbel den Tod** gefunden hat. Ob es sich um einen Selbstmord oder Unfallsfall handelt, wird sich wohl nie klären lassen. Es wurde festgestellt, daß Lacum nie eine silberne Stirnplatte getragen hat. Die Staatsanwaltschaft Bingen hat nunmehr an einer weiteren Untersuchung kein Interesse.

Das **Polizeigericht in Basel** verurteilte einen in **Öhrach** wohnhaften **Fahrradhändler**, der 23 Fahrräder in die Schweiz geschmuggelt hatte, zu einer Geldstrafe von 6000 Franken (zehnfacher Betrag der hinterzogenen Zollgebühr), im Nichtbringensfalle zu drei Monaten Gefängnis.

Die **Baseler Untersuchungsbehörde** hat die Nachforschungen im Falle des ermordeten **Theophil Stöcklin**, der seit dem 2. Juni vermisst und dessen Leiche am 11. Juni in Ottenheim bei Bahr aus dem Uffmatt des Rheines gezogen worden ist, fortgesetzt. Am 16. Juli wurden zwei Kollegen des Stöcklin, verhaftet, die am Tage seines Verschwindens in Stöcklins Gesellschaft gesehen worden waren.

Wie die **Blätter aus Innsbruck** berichten, ist der **Gastwirt Wilhelm Eder** im Jülicherthal gestorben, der mit seinem Bruder, dem Wirt der Dominikus-Hütte, einer der Hauptbelastungszeugen im **Prozess Halmann** gewesen war.

Waagen aller Art liefert:
Friedrich Lang, Waagenfabrik, Stuttgart-Cannstatt 3

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	20. August		19. August	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	—	—	—	—
Kopenhagen 100 Kr.	—	—	—	—
Italien 100 L.	—	—	—	—
London 1 Pf.	—	—	20.45	20.49
New-York 1 D.	—	—	—	—
Paris 100 Fr.	—	—	—	—
Schweiz 100 Fr.	81.86	82.02	81.82	81.98
Wien 100 Schilling	59.17	59.29	59.19	59.31
Prag 100 Kr.	—	—	—	—

hohenen Forderung abzubringen und ihnen begreiflich zu machen, daß das Fürsorgeamt andere Aufgaben zu erfüllen hat.

Die Tochter einer Fürsorgeempfängerin, die bei ihrer Mutter wohnt, hat gestern ihren Geburtstag gehabt und 50 RM. ausgezahlt erhalten. Heute erscheint die Mutter beim Fürsorgeamt und will trotz des Verdienstes der Tochter Unterstützung. Die Tochter ist, wie in zahlreichen anderen Fällen, nicht davon zu überzeugen, daß sie gesetzlich und moralisch verpflichtet ist, mit ihrem Verdienst zum Unterhalt der Mutter beizutragen (ein sehr häufiger Fall!).

Ein anderer Fürsorgeempfänger will seine Wäscherechnung bezahlt erhalten, weil er nur gestärkte Wäsche tragen könne. Ein weiterer Fürsorgeempfänger verlangt sogar bei der zuständigen Abteilung ein Fahrrad, damit er spazieren fahren könne.

Ein verheirateter Väter wird mit seiner Ehefrau und seinen zwei Kindern seit Jahren aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge unterstützt. Er erhielt zuletzt monatlich 100 RM. Unterstützung. Trotzdem ihm bekannt ist, daß er zur wahrheitsgetreuen Angabe seiner Einkommensverhältnisse verpflichtet ist, hat er dem Fürsorgeamt gegenüber seinen Verdienst in Höhe von über 100 RM. monatlich verschwiegen. Da der Fall besonders schwerwiegend ist, wird er der Staatsanwaltschaft angezeigt. Die Unterstützung wird entsprechend gekürzt. Statt sich hiermit zufriedene zu geben, legt er gegen die Kürzung Beschwerde ein!

Die Witwe eines Gärtners bezieht seit Jahren laufende Unterstützung. Bei allen Nachprüfungen, die immer wieder vorgenommen werden, verschweigt sie stets, daß sie für ihre Kinder monatlich über 120 RM. Waisenrente bezieht und im Jahre 1929 eine Rentennachzahlung von über 1100 RM. erhalten hat. Bei den wiederholten Befragungen, wie es mit der Rente stehe, hat sie stets angegeben, noch keinen Bescheid erhalten zu haben!

Eine Fürsorgeempfängerin bittet unter Vorlage von drei Lohnbüchern um eine **Mietbeihilfe** für den Monat Mai. Als der Fürsorgebeamte an sie die Frage richtet, ob das auch ihre Lohnbücher seien, gibt sie an, daß der darauf verzeichnete Lohn ihren wirklichen Verdienst darstelle. Da eine Lohnbüchse so abgeriffen war, daß weder die Zeit noch der Name festgestellt werden konnte, bekommt der Fürsorgebeamte Zweifel an der Echtheit der Lohnbüchsen. Eine telefonische Anfrage bei der Arbeitgeberin ergibt dann in der Tat, daß die Fürsorgeempfängerin falsche Lohnbücher vorgelegt hat. Der Verdienst, der auf der Lohnbüchse mit 10 RM. vermerkt, hatte in Wirklichkeit 19 RM. betragen!

Ein von seiner Ehefrau und seinen 10 Kindern getrennt lebender Ehemann schickt seine „Braut“ zum Fürsorgeamt, um seine laufende Unterstützung zu holen. Er sei bettlägerig krank. Der sofort nach der Wohnung entsandte Fürsorge stellt fest, daß der Ehemann überhaupt nicht zu Hause, sondern ausgeflogen ist!

Die Ehefrau eines bekannten Fürsorgeempfängers erscheint mit einem Brief, worin ihr Mann sich von der Familie verabschiedet, denn „er könne das Geld nicht mehr länger mit ansehen“. Der Brief trägt den Poststempel Frankfurt-Basel. Die Frau ist natürlich in Tränen aufgelöst. Sofortige Nachprüfung ergibt, daß der Ehemann nach wie vor auf seiner Arbeitsstelle tätig ist. Seine Frau hat den Brief durch einen Bekannten in den Zug einwerfen lassen!

Diese kleine Blütenlese könnte leicht zu einem ganzen Bande erweitert werden. Welche Folgen sind aus ihr und hundertern ähnlich gelagerten Fällen zu ziehen? Neben der allgemeinen Hebung der Moral und einer Änderung der derzeitigen Gesetzgebung im Sinne einer schärferen Betätigung der Angehörigen ist vor allem eine Stärkung des Familienbandes notwendig.

Weiter ist es aber auch erforderlich, daß die hiesige Bevölkerung die öffentliche wie die private Fürsorge in ihren Bestrebungen, die heute so überaus schwer aufzubringenden Mittel nur bedürftigen und würdigen Personen zuzuwenden, unterstützt.

Alle Bürger der Stadt, insbesondere die Vertreter der Wohlfahrtsorganisationen, der Arbeitersekretariate, der Gewerkschaften und der Parteien aller Richtungen werden daher herzlich gebeten, das Fürsorgeamt in seiner so schweren Arbeit zu unterstützen. Diese Unterstützung kann am zweckmäßigsten dadurch gesehen, daß unbegründete Fälle von vornherein vom Fürsorgeamt abgehalten werden und zur Klärung ungerichteter Unterstützung beigetragen wird. Insbesondere ist es eine dankenswerte Aufgabe der Bürgerschaft und aller genannter Organisationen und Parteien, die Fürsorgeempfänger dahin aufzufahren, daß das Einkommen der Familie bei der Unterstützung angerechnet werden muß, und die gewährte Beihilfe dem Fürsorgeamt nach Behebung der Notlage wieder zurückzahlen ist.

Literarische Neuerscheinungen

Clara Viebig: Das rote Meer. Roman. (Leipzig, Bese & Beder Verlag, 286 Seiten. In Leinen geb. 2,85 RM.) — In der schönen Buchfolge „Die Schachammer“ ist soeben Clara Viebigs Roman „Das rote Meer“ erschienen. Ein Kriegseroman? Ja und nein. Geschildert wird der unsäglich schwere, opferreiche Seimkrieg, den die Mütter, Töchter und Gattinnen der deutschen Soldaten durchkämpfen mußten. Im Rahmen einer bewegten Handlung, die an den Roman „Töchter der Helada“ derselben Verfasserin anknüpft, aber in sich geschlossen und für sich allein verständlich ist, werden die beiden letzten Kriegsjahre dargestellt. In den mannigfachen Schicksalen der Frauen und Mütter spiegelt sich das ungeheure, noch nie dagewesene, unvergleichbare Geschehen. Mit den Ereignissen des Novembers 1918 schließt das Buch. Auf jeder Seite spüren wir die Hand einer bedeutenden Schriftstellerin und einer gütigen, mit ihren Schwestern leidenden Frau.

Ustav Kohne: Die von Sabichtshorst. Roman. (Fr. Wilh. Grunow, Leipzig.) — Die Reinheit der Gesinnung, hohes Begeisterungsfähigkeit und sein Glaube an die Zukunft haben hier ein Werk geschaffen, das uns Deutschen, ob jung oder alt, seit langem not getan hat. Was den Roman zu etwas ganz besonderem hemelt, ist der deutsche Geist, der in ihm seine Schwingen zum Sonnenflug redt und den Leser fortzieht. Dieses Buch kann jeder lesen, auch der, der keine Zeit hat, denn sobald er es in die Hand nimmt, wird er nicht mehr davon loskommen.

Elsa von Bonin: Thomazine von Varenclau. Roman. In Ganzleinen 5,50 RM., geheftet 3,80 RM. Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig. — Dieser Roman erzählt die Geschichte eines jungen Mädchens unserer Zeit, einer holländischen Aristokratin, die in der Kindheit Vater, Heimat und Besitz verliert und nun mit wunderbarem Mut und herrlicher Sicherheit ihren gefährlichen Weg geht. Die Dichterin Elsa von Bonin, die für ihren vorigen Roman „Morwin Lüdelings Kampf mit Gott“ einen großen Preis erhielt, hat in diesem neuen Werk einen prachtvollen und lebendigen Stil für dieses padende und reiche Leben ihrer Heldin gefunden.

Die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten für halbjährige Wiederaufnahme des Börsehandels. Die im Verband öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten zusammengeschlossenen Emissionsinstitute erklären, daß nach erfolgter Entlung des Lombardfahes und nach Abschluß der Stillhalterhandlungen die notwendigen Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des Börsehandels gegeben seien. Inzwischen haben die Institute auch Vorbereitungen getroffen, um denjenigen Besitzern ihrer Emissionswerte, die gezwungen sind, ihre Effekten flüssig zu machen, die Aufnahme von Lombardkrediten zu erleichtern. Die Reichsbank hat der Landesbankzentrale ihre Unterstützung bei der Beleihung der öffentlich-rechtlichen Emissionen in Aussicht gestellt. Es ist zu hoffen, daß es durch die Erleichterung des Lombardkredits gelingen wird, das Entlastungsbedürfnis der Effektenbesitzer zu beschränken oder doch auf einen größeren Zeitraum zu verteilen, der Aufnahme-fähigkeit des Marktes anzupassen und hierdurch einem Verfall der Rentenkurve vorzubeugen. Besondere Verhandlungen sind eingeleitet worden, um ein größeres Angebot aus dem Besitz der sozialen Versicherungsträger zu vermeiden. Nach dem sich auch die Kurse der deutschen Auslandsemissionen von ihrem Tiefstand erholt haben, sind die öffentlich-rechtlichen Institute der Ansicht, daß die Wiederaufnahme des Börsehandels im Interesse der Wirtschaft bald erfolgen sollte.

Der Zahlungsverkehr der Sparkassen hat sich, wie mitgeteilt wird, in den letzten Wochen, wie erwartet, reibungslos abgewickelt. Angesichts dieser erfreulichen Entwicklung aufgetauchte Befürchtungen wegen neuer Beschränkungen im Auszahlungsverkehr sind gegenstandslos.

Zur weiteren Erleichterung der Finanzierung der Getreibeernte werden Vorkaufkredite gewährt. Die Zinsrückvergütung beträgt 6 Proz. der Wechselsumme.

Die Commerzbank des Saarlandes A.-G., Saarbrücken, sieht sich — wie sie mitteilt — gezwungen, ihre Schalter mit dem heutigen Donnerstag zu schließen. Die Ursachen der Schwierigkeiten des Institutes liegen zum Teil länger zurück, da die Bank im Zusammenhang mit den Vorkommnissen im saarländischen Bankgewerbe vor zwei Jahren größere Abzüge von Einlagen erlitten hatte. Die Auswirkungen dieser Zwangseinstellung werden auf einen kleineren Kreis von Gläubigern und Kunden beschränkt sein, da das Unternehmen seit Jahren in einem engeren Rahmen betrieben wurde. Die Gesamtsumme der Verbindlichkeiten beläuft sich auf etwa 6 Millionen Franken.

Die Gewerbebank G. m. b. H., Bergisch-Neubach, hat am Mittwoch einstweilen ihre Schalter geschlossen. Die Bank teilt dazu mit, daß es ihr infolge der katastrophalen Wirtschaftslage unmöglich geworden sei, außerordentliche Forderungen und Hypotheken in dem Maße hereinzubekommen, wie es der Betrieb der Bank erfordere. Nach dem augenblicklichen Status kann damit gerechnet werden, daß die Gläubiger voll befriedigt werden.

Über das Vermögen des Deutsch-Evangelischen Volksbundes in Mühlheim (Ruhr) ist vom Reichsgericht das Konkursverfahren eröffnet worden.

Die Schweizer Mustermesse in Basel 1932 wurde auf den 2. bis 12. April angelegt.

Ein „fetter“ Konkurs. Im Konkursverfahren der Holz A.-G. in Walldorf findet nunmehr die Schuldverteilung statt, soweit vom Verteiler überhaupt noch die Rede sein kann. Von dem insgesamt 4 242 618 RM angemeldeten Forderungen verblieben nach Abzug von 2 879 746 RM beschränkter Forderungen noch 1 362 870 RM nicht bevorrechtigte Forderungen übrig, für die ganze 6 237,88 RM Masse zur Verfügung stehen.

Aus der Landeshauptstadt

Sturm- und Gewitterschäden. Das gestern in den späten Abendstunden über der Landeshauptstadt niedergegangene schwere Gewitter, das mit einem heftigen Sturmwind begleitet war, hat wiederum allenthalben beträchtlichen Schaden angerichtet. Erneut sind Gärten und Felder durch die niedergehenden Wassermassen geschädigt und verschlammmt worden. Auch in der Innenstadt, in der teilweise die Keller überschwemmt wurden, war der Schaden beträchtlich.

Kolomotive fährt auf Personenzug. Wie die Reichsbahndirektion Ludwigsbahn A. M. mitteilt, fuhr am Mittwoch mittags um 1 Uhr im Bahnhof Maximiliansau infolge eines Versehens im Rangierdienst die auswechselnde Maschine des Personenzuges Neustadt-Karlsruhe anstatt auf ein Neben-gleis wieder zum Hauptgleis zurück. Durch den Anprall wurden sechs Personen unversehrt verletzt. Sie blieben reisefähig.

Das Deichsלאuffigen. Am Mittwoch vormittag hatten sich einige Kinder in der Stuttgarter Straße, in der Südstadt, an die Deichsel eines Anhängewagens gehängt, der an ein mit Pferden bespanntes Vierfuhrwerk angehängt war. Anscheinend bei dem Versuch, auf die Deichsel aufzusteigen, fiel der neun Jahre alte Sohn eines Eisenbahnassistenten von hier so unglücklich zu Boden, daß ihm ein Rad nicht mit 30 Zentnern Eis beladenen Anhängewagens über den Kopf ging. Der Knabe war sofort tot. Soweit bisher festgestellt werden konnte, trifft den Fuhrmann kein Verschulden.

Wegen Unterschlagung von 3265 RM aus der Gemeindefasse in Au am Rhein verurteilte heute das Schöffengericht den 60 Jahre alten Gemeindevorsteher A. Hertweck von dort zu sechs Monaten Gefängnis.

Ein Badener in Jülich verhaftet. Auf Grund eines Sted-briefes der Kriminalpolizei in Karlsruhe verhaftete die Kan-tonspolizei im Bahnhofsquartier einen Kaufmann aus Baden namens Schumann, der wegen Veruntreuung und Unter-schlagung von 120 000 RM von der Staatsanwaltschaft Karls-ruhe verfolgt wird. Das Auslieferungsverfahren ist eingeleitet.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Die stets gerne gesehene Studentenfröbliche Operette „Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren“ von Fredy Raymond, mit ihrer liebreizenden Musik und lustigen Intermezzos, wird heute abend 20 Uhr wiederholt.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Donnerstagmorgen: Eine über England herangezogene Zy-kone hat uns nach der gestrigen vorübergehenden Aufheiterung erneut schlechtes Wetter gebracht. Der Umschlag erfolgte heute nacht in Begleitung verbreiteter Gewitter bei stürmi-schen Südwestwinden. Die Temperaturen, die gestern nach-mittag in der Ebene bis 25 Grad erreicht hatten, sind nun wieder etwas zurückgegangen. Die Zykone wird unsere Witterung auch morgen beherrschen. Voraussage: Unbeständig, zeitweise Regenschauer und lebhaft, zum Teil starke westliche Winde. Temperaturen wenig verändert.

Wasserkände: Waldshut 349 minus 4, Basel 408 minus 2, Schusterinsel 232 minus 6, Rehl 388 minus 6, Nagau 572 minus 5, Mannheim 525 plus 1, Caub über 200 Zentimeter.

Gemeinderendschau

Die Finanzlage der Gemeinden

Oberbürgermeister Gündert gibt im „Forsheimer Anzeiger“ eine eingehende Darstellung der Finanzlage der Stadt Forz-heim Ende Juli 1931. Danach wird das Rechnungsjahr 1931 voraussichtlich mit einem Etatdefizit von 1 730 000 RM ab-schließen, für das noch Dedung zu schaffen ist. Für das ge-samte Wirtschaftsjahr ergibt sich allein ein Mehraufwand von 750 000 RM. Der durch das Rotgesetz vom 9. Juli an-geordnete Mehraufwand der Stadt für die Volksschule (Lehr-erbeiträge) beziffert sich auf 195 000 RM. Der Oberbürger-meister weist nach, daß die Stadtverwaltung auf dem Gebiete des Bewohners seit Jahren vorbildlich sparsam vor-gegangen sei. Für die Stadt Forzheim könne ferner mit Ver-nutzung festgesetzt werden, daß sie nur für den Woh-nungsbau Darlehen mittelfristigen Charakters, und zwar 7 Prozent ihrer übrigen Schulden, aufgenommen hat. Die Verzinsung und Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten werde nach der Art des Geldgebers für die Stadt zu keinen Schwie-rigkeiten führen. Zugunsten des Forsheimer Steuerzahlers fällt auch ein Vergleich der Umlagerhebung mit anderen größeren Städten Badens aus. Nahe Hilfe sei erforderlich, soll die Kommunalfinanzwirtschaft nicht zu Erliegen kommen. Eine grundsätzliche Änderung im Sinne einer Herabminde-rung des öffentlichen Aufwandes lasse sich nur durch einen Abbau des zu stark gesteigerten Aufgabenumfanges erzielen, der den Gemeinden von oben auferlegt worden sei. Der Not des öffentlichen Haushaltes sei mit einer noch so scharfen Ver-minderung der Ausgaben für den organisatorischen Aufbau allein nicht beizukommen. Der Schlüssel zu den Mitteln zur Lösung liege in einer von politischer Selbsttätigkeit und sorg-fältigen Abwägen des sachlich Möglichen getragenen, stofflich „begrenzten“ Aufgabenverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Man müsse endlich die Entschlußkraft finden, an die schon längst fällige Verwaltungsreform heranzugehen.

Der Bürgerausschuß Brötzingen bei Durlach hat nach einer dreistündigen Beratung den Voranschlag für das Jahr 1931 mit 40 gegen 7 Stimmen angenommen. Der Voranschlag, der in mehrfachen Änderungen infolge der Notverordnungen in verschiedenen Positionen wesentliche Abstriche erfahren mußte, sieht vor in Einnahmen 276 139 RM, in Ausgaben 879 158 RM. Zu deden sind durch Bürgergenugsauflage 4300 RM, durch Umlage 98 719 RM. Der ungedeckte Aufwand für Fürsorge und Wohlfahrt beträgt 55 700 RM. Der Um-lagefuß ist festgesetzt für Realsteuern auf 144 Ppf., für Ver-triebsteuern auf 55 Ppf. und für Gemeinbeitrags-steuern auf 1035 Ppf. An Biersteuer und Bürgersteuer wer-den erhoben je 150 Prozent des Landesfahes. Die Steuer-kapitalien sind wiederum zurückgegangen; ein Reichspennig-Umlage ergibt nur noch 651 RM. — Der Bürgerausschuß er-hob in einer Entschließung einmütigen Protest gegen die Badische Notverordnung und die schwere Belastung der Gemeinden.

In Ettlingen sollen zur Dedung des Defizits für das Rech-nungsjahr 1931/32 nach empfindlichen Abstrichen auf der Aus-gabeseite neue Zuschläge zur Bürgersteuer und Gemeinde-biersteuer erhoben werden. Vom Grundvermögen werden 96 Ppf., vom Betriebsvermögen 44 Ppf., vom Gewerbever-trag 555 Ppf. erhoben. Der Ertrag wird auf rund 345 000 RM er-rechnet.

Nach der zur Kenntnis gebrachten Nachweisung des Für-sorgeamtes Raffart beträgt der Aufwand für die geborene Fürsorge im Monat Juli insgesamt 20 785,45 RM. In der allgemeinen Fürsorgeabteilung wurden im Monat Juli ins-gesamt 498 Personen bzw. Familien unterstützt, und zwar 330 Wohlfahrtserwerbslose, darunter 286 Ausgesteuerte, 65 Empfänger von Krifenunterstützung, 23 Empfänger von Arbeitslosenunterstützung und 75 andere hilfsbedürftige Per-sonen bzw. Familien.

Der Bürgerausschuß Ohlsbach (Amt Offenburg) hat den Voranschlag mit 29 gegen 8 Stimmen angenommen. Durch die Umlage zu deden sind 13 581 RM. Die Umlage selbst konnte von 60 Ppf. auf 58 Ppf. ermäßigt werden. Die Ein-führung der Bier- und Bürgersteuer erübrigte sich. Angenom-men wurde auch die Herabsetzung des Kraftstrompreises von 30 auf 20 Ppf. pro Kilowattstunde. Bedingung ist jedoch, daß zur Nachtzeit kein Kraftstrom entnommen wird.

Der Voranschlag von Zell i. W. bringt neben einer Ver-doppelung der Biersteuer auch die Einführung der Bürger-steuer, und zwar mit einem hundertprozentigen Zuschlag.

40 Jahre Mannheimer Berufsfeuerwehr

Am 15. August 1931 hat es sich zum vierzigsten Male ge-jährt, daß die Mannheimer Berufsfeuerwehr ins Leben ge-treten ist. Bis dahin war der Schutz gegen Feuersgefahr allein durch die freiwillige Feuerwehr ausgeübt worden, die am 11. November 1851 auf Veranlassung des damaligen Ober-bürgermeisters Reih gegründet worden war. Am 4. Mai 1891 beschloß der Stadtrat die Gründung der Berufsfeuerwehr, am 8. Juli 1891 wurde dieser Beschluß von dem Bürgerausschuß gebilligt. Zunächst nur 12 Mann umfassend, genigte sie beim schnellen Anwachsen der Stadt bald nicht mehr den Bedürf-nissen. 1897 umfaßte sie 24 Mann und stand unter Brand-meister Valentin Peil. Hand in Hand mit der Verstärkung des Mannschaftsbestandes ging auch ein Ausbau der Geräte-ausrüstung. Bei Errichtung der neuen Hauptfeuerwache an der Friedrichsbrücke, 1912, wurden die pferdebespannten Fahr-zeuge durch Kraftfahrzeuge ersetzt.

Heute umfaßt die Berufsfeuerwehr einen Branddirektor (Mikus), 4 Brandmeister, 12 Oberfeuerwehrmänner und 90 Feuerwehrmänner; sie besitzt 3 Motorpumpen, 1 Rasenpumpen, 1 Mannschaftswagen, 3 Drehleitern und 6 sonstige Hilfsfahr-zeuge. 168 öffentliche und 68 private Feuerwehler ermög-lichen rasche Benachrichtigung der Feuerwehr aus allen Stadt-teilen. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Wirtschaftslage hat man von einer feierlichen Begehung des vierzigjährigen Ju-biläums Abstand genommen.

Bürgermeisterwahlen. In Schönau (bei Heidelberg) ent-fielen auf den seitherigen Bürgermeister Mannschott 48 Stim-men, auf Stadtrat Reckleiter, Mannheim, 6 Stimmen. Herr Mannschott ist somit mit großer Stimmenmehrheit wieder-gewählt worden. Sozialdemokraten, Bürgerpartei, Zentrum und Nationalsozialisten stimmten geschlossen für Mannschott. Reckleiter war von den Kommunisten aufgestellt worden. — In Honau (bei Rehl) wurde der Kandidat der Sozialdemo-kraten, Joseph Schmidt VII, mit 116 Stimmen gegen den Kandidaten des Zentrums, Adolf Fritsch, der 88 Stimmen erhielt, gewählt. Der bisherige Bürgermeister Gaf hatte ein paar Tage vor der Wahl seine Kandidatur zurückgezogen.

Fremdenbesuch in Heidelberg. Im Monat Juli übernach-ten 81 587 Fremde in Heidelberg, von denen fast ein Drit-tel, 10 002, aus dem Auslande stammen. Die Hotels und Gasthäuser nahmen 9863 Inländer auf gegen 12 333 im Ver-richtsmonat des Vorjahres, und 8319 Ausländer gegen 14 407. Von den Ausländern kamen aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika 4544 (9214), aus England 1475 (2649), aus Holland 1297 (1726) und aus Dänemark 711 (831).

Holländische Gesellschaftsreisen nach dem Badnerland. Die „Niederländische Reiservereinigung“ führt in diesem Spätjahr, wie sie in ihrem offiziellen Organ mitteilt, noch mehrere Ge-sellschaftsreisen nach dem Badner Land aus. Am 29. August findet eine Reise nach Heidelberg und Baden-Baden von ach-tztägiger Dauer statt, am 29. August, 5., 14. und 21. Septem-ber je eine Reise nach Heidelberg von sechs- bis sieben-tägiger Dauer. Am 30. August ist eine Reise durch den Schwarz-wald von achttägiger Dauer geplant.

Die Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtsbezirk Bruchsal. Die Zahl der Arbeitssuchenden hat im Arbeitsamtsbezirk Bruchsal in der ersten Hälfte des Monats August gegenüber dem letz-ten Bericht um 248 abgenommen und betrug am 15. August 1931 4776. Die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfan-ger ist auf 1934, die der Krifenunterstützungsempfänger auf 1420 gestiegen. Im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres wurden 3023 Arbeitslosenunterstützungsempfänger und 498 Krifen-unterstützungsempfänger gezählt.

Kurze Nachrichten aus Baden

H. Heidelberg, 19. August. Ein bekannter und angesehener Geschäftsman unserer Stadt, Kaufmann Gustav Sajons, ist gestern früh durch einen Anglistenfall ums Leben gekommen. Man fand ihn in seinem Büro sitzend, mit der Zeitung in der Hand, tot auf. Nach den Ermittlungen liegt ein Anglistenfall vor, da in einem Nebenturm, der an das Büro anschließt, der Föhn zum Gasbadeofen nicht geschlossen war.

Hd. Mingsolsheim (bei Wiesloch), 19. August. Das feucht-warme Sommerwetter hat in diesem Jahr zu einer Massen-ernte in den seit einigen Jahren hier und in der Nachbar-gemeinde Kronau eingeführten Gurkenanbau geführt. Dieser Umstand und die allgemeine Verschlechterung in der Wirtschaft hat zu einer Krise im Gurkenanbau geführt. Die Landwirte können nur einen Teil der diesjährigen Gurkenanbau an die Firmen abliefern, mit denen sie Kaufverträge abgeschlossen haben.

W. W. Raboldzell, 20. Aug. Das Auto des Kaufmanns Brotsch von Frankfurt a. M. überfuhr gestern nachmittags den ledigen Bahnarbeiter Josef Knaus, der mit seinem Fahr-rad vor dem Auto herfuhr. Knaus blieb mit grobem Genid liegen.

Staatsanzeiger

Weiterer Nachtrag zu der Genehmigungsurkunde vom 17. November 1896 für den Bau und Betrieb einer Lokalbahn von Karlsruhe nach Gerrenalb und von Ettlingen nach Forzheim.

Durch die Abtrennung der an die Stadt Forzheim über-gangenen Teilstrecke Nitzersbach-Brötzingen der Nebenbahn-strecke Ettlingen-Forzheim wird die Genehmigungsurkunde mit Zustimmung des Herrn Reichsverkehrsministers vom 8. August 1931 E. I. 14. 142. 223 wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift und in der Einleitung werden die Worte „Ettlingen nach Forzheim“ ersetzt durch die Worte „Wiesbaden nach Nitzersbach“.
2. § 4 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
Die Bahn ist von Karlsruhe über Karlsruhe-Nüppurr, Ettlingen, Wiesbaden, Marzell und Frauenalb nach Gerrenalb, und von Wiesbaden über Nitzersbach und Langensteinbach nach Nitzersbach zu führen.
3. In § 11 Abs. 1 werden die Worte „auf den Strecken zwi-schen Karlsruhe und Ettlingen und zwischen Brötzingen und Forzheim“ ersetzt durch die Worte „auf der Strecke zwischen Karlsruhe und Ettlingen“.
4. In § 25 wird das Wort „Forzheim“ in der Klammer er-setzt durch das Wort „Nitzersbach“.

Karlsruhe, den 17. August 1931.
Der Minister der Finanzen.
J. A. Dr. Mühe.

B. 100. Karlsruhe. Ueber das Vermögen der Firma Schuphaus Erla, Inhaber Kaufmann Gottlob Lang, Karlsruhe, Erbprinzenstr. Nr. 31, wurde heute vormittag 11 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Kaufmann Johann Riff in Karlsruhe, Hans Thoma-straße 5. Konkursforde-rungen sind bis zum 20. September 1931 beim Ge-richt anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschädigung über die in § 132 der Konkursord-nung bezeichneten Gegenstände ist am Freitag, den 11. September 1931, nach-mittags 4 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am: Freitag, den 25. September 1931, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Ma-miestraße 8, 2. Etod, Zim-mer Nr. 150. Der Gegen-stande der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf ab-geordnete Befriedigung daraus ist dem Konkurs-verwalter bis 9. September 1931 anzugeben. Karlsruhe, den 17. Aug. 1931. Geschäfts-stelle des Amtsgerichts A 4.

B. 101. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma Christian Dertel, Inh. Hein-rich Dertel in Karlsruhe, Kaiserstraße 101/103, wurde nach rechtskräftiger Bestä-tigung des Vergleichs auf-gehoben. Karlsruhe, den 13. August 1931. Geschäfts-stelle des Amtsgerichts A 3.

Durch Gesellschafterbe-schluß vom 1. V. 31 wurde das Stammkapital von 500 000 auf 400 000 RM herabgesetzt. Gläubiger wollen sich melden. E. 364 J. Seneca, Eisenbahner, G. m. b. H., Karlsruhe-Mühlheim.

B. 907. Güterregisterjahr Fahr-Band III Seite 73: Paul Paag, Händler in Lahr und dessen Ehefrau Emilia geb. Vott. Durch Erbvertrag vom 31. Juli 1931 Güter-tennung. Lahr, den 15. August 1931. Bad. Amtsgericht.

Gommer-Operette
im Städt. Konzerthaus
Freitag, 21. August 1931
Der lachende Ehemann
Operette von Edmund Gysler
Dirigent: Stern
Regie: Reizner
Mitwirkende:
Böfer, Jöhner, Ziegler, Leberer, Macher, Schüper, Janz, Hertzen, Kurr, Mehner, Lindemann G., Schneib, S. Minimus, Reiz-ner, Meher, Cortinau
Anfang 20 Ende geg. 23
Preise 1—4 RM

Sa. 22. S. „Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren.“
Op. 23. S. „Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren.“